

## Editorial

## Lenkungsabgaben helfen mehr als der Ausstieg aus der Atomenergie

Deutschland, der Vorreiter für den Umstieg auf erneuerbare Energien, ist heute stärker von Kohle abhängig als vor der Energiewende. Ursprünglich wollte die Regierung einen Zeitplan für den Ausstieg aus der Braunkohle und damit den schlimmsten CO<sub>2</sub>-Schleudern präsentieren. Daraus wird in den nächsten zwei Jahrzehnten nichts, wie Sigmar Gabriel, stellvertretender deutscher Bundeskanzler und Energieminister kürzlich erklären musste. Nach dem Tsunami und dem Atomunfall in Fukushima hatte Deutschland unverzüglich seine ältesten Atomkraftwerke vom Netz genommen. Die deutsche Energiewende hat der Solartechnologie einen enormen Schub gegeben, aber trotz Milliardenkosten im Kampf gegen den Klimawandel nichts gebracht.

### Wo sollen die benötigten Windräder gegen den Protest der Anwohner gebaut werden?

Mit der Atomausstiegsinitiative, über die wir am 27. November

abstimmen, stellt sich nun auch in der Schweiz die Frage, für wie wichtig und dringend wir das Klimaproblem wirklich halten – und wie ernst es den Klimawarnern wirklich ist.

**Auch ohne die Initiative wird unsere Energiewende ein schwieriges Unterfangen.** Die von Bundesrat und Parlament beschlossene Energiestrategie 2050 erfordert ebenfalls einen Atomausstieg, wenn auch langsamer und schrittweise. Atomstrom macht heute ein Drittel der Schweizer Stromproduktion aus. Die Wende durch eine Senkung des Verbrauchs und einen massiven Ausbau von Sonnen- und Windenergie erreichen zu wollen, ist gelinde gesagt ambitioniert. Die Produktion aus Sonne, Wind und Wasser soll sich bis 2035 fast vervierfachen. So sollen Windkraftwerke bis 2050 hundertmal die Leistung der 16 Turbinen auf dem Mont Crosin liefern. Wo diese Windräder gegen den Widerstand der Umweltschützer und Anwohner wohl dereinst gebaut werden können?

**Ebenfalls nötig werden grosse Puffer-, Speicher- und Verteilkapazitäten,** um trotz der stark schwankenden Stromproduktion mit Wind und Sonne die Versorgungssicherheit zu erhalten. Sehr ambitioniert erscheinen auch die Sparziele. Der durchschnittliche Endenergieverbrauch pro Kopf soll bis 2035 gegenüber 2000 um über 40 Prozent sinken. Wie das gehen soll, bleibt schleierhaft.

**Die Schweiz hat heute eine fast CO<sub>2</sub>-freie Stromproduktion.** Wer das Klimaproblem ernst nimmt, sollte jetzt nicht überstürzt aus der Atomkraft aussteigen und stattdessen auf Lenkungsabgaben setzen, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu senken.

Armin Müller,  
Mitglied der Chefredaktion



armin.mueller@sonntagszeitung.ch  
www.facebook.com/sonntagszeitung

Leserangebot — 16  
Rätsel — 63  
Rendez-vous — 24  
Marktplatz — 24  
Impressum — 23

Immobilien Kauf — 44  
Immobilien Miete — 44  
Kino — 72  
Veranstaltungen — 68  
Bildung und Kurse — 24

# AKW-Betreiber bringen Leuthard in Not

Beznau-Betreiberin Axpo bestreitet die Gültigkeit wichtigster Sicherheitsbestimmungen – Politiker sind schockiert und halten die Sicherheitsgarantien der Energieministerin für hinfällig



Denis von Burg

Bern Laufen lassen, solange die Werke sicher sind – und wegen der klaren Auflagen seien die Werke bis an deren Lebensende sicher: Das ist Energieministerin Doris Leuthards Mantra im Kampf gegen die Atom-Ausstiegsinitiative der Grünen. Doch jetzt sind AKW-Betreiber – allen voran die Axpo – daran, die Sicherheitsarchitektur in der Schweizer Atomindustrie zu zerstören. Leuthards Sicherheitsgarantie ist infrage gestellt.

Hinter verschlossenen Türen, konkret in einem Rechtsverfahren vor der Atomsicherheitsbehörde Ensi um die Erdbbensicherheit des AKW Beznau (siehe Kasten), will die Betreiberin Axpo ausgerechnet das Kernstück der Sicherheitsgesetzgebung und damit die Sicherheit der Werke aushebeln.

Dokumente aus dem Verfahren zeigen, dass die Axpo-Anwälte in

ihrer Eingabe ans Ensi argumentieren, die sogenannte Ausserbetriebnahmeverordnung oder mindestens zentrale Teile davon seien ungültig. Bestimmte Auflagen müssten gar nicht erfüllt werden.

### Für die Axpo sind Vorschriften zum Teil «unheilbar nichtig»

Diese Verordnung gilt als Bollwerk in der Atom-Sicherheitsarchitektur. Sie wurde von der Atom-sicherheitsbehörde Ensi insbesondere bei den Überprüfungen seit Fukushima immer wieder angewendet. Darin ist festgelegt, welchen technischen und radiologischen Kriterien AKW genügen müssen, damit sie weiterhin betrieben werden können.

Es geht dabei zum Beispiel um die Menge an Radioaktivität, die bei gewissen Störfällen freigesetzt werden darf, oder um Kriterien zu den zentralen Elementen eines AKW wie etwa dem Kühlsystem.

Teile der Verordnung seien, so argumentiert die Axpo, «mangels gesetzlicher Grundlage unheilbar nichtig», das heisst «bundesrechtswidrig und nicht anwendbar».

Die Sicherheitsbestimmungen des Bundes galten bis jetzt als unverhandelbar. Das Vorgehen der Beznau-Betreiberin Axpo schockiert deshalb selbst bürgerliche Energiepolitiker, die sich für einen vorläufigen Weiterbetrieb der AKW einsetzen. BDP-Nationalrat Hans Grunder sagt: «Wenn Sicherheitsbestimmungen ausgehebelt werden sollen, muss man an der Bereitschaft der AKW-Betreiber zweifeln, alles Nötige für einen sicheren Betrieb zu tun.»

Und da zumindest die Axpo offenbar nicht mehr bereit ist, sich den Sicherheitsbestimmungen vollumfänglich zu unterziehen, ist für Atomkraftgegner wie SP-Nationalrat Roger Nordmann klar: «Die hoch verschuldeten

Betreiber sind nicht mehr bereit, die nötigen und teuren Sicherheitsinvestitionen zu tätigen. Sie wollen die Atomkraftwerke bis an die Sicherheitsgrenze oder darunter weiter betreiben.»

### Die entscheidende Bresche bei der Sicherheit ist geschlagen

Die Axpo versucht zu beruhigen und erklärt auf Anfrage: «Die Axpo hat immer alle Normen eingehalten und ist den Forderungen der Aufsichtsbehörde stets nachgekommen. An dieser Praxis wird sich nichts ändern.» Und das Departement von Energieministerin Leuthard pocht darauf, dass die Ausserbetriebnahme-Bestimmungen «nicht bestritten» würden. «Das Sicherheitsniveau ist folglich nicht beeinträchtigt.»

Doch für Energiepolitiker verschiedenster Couleurs ist die entscheidende Bresche geschlagen. SP-Mann Beat Jans sagt: «Der

## Wie halten es Befürworter und Gegner

Zwischen 10 und 60 Prozent: Der Faktencheck zu den Aussagen

Diese Aussage der Energieministerin ist falsch: Laut der Schweizer Netzgesellschaft Swissgrid würden zwar «bedeutende, aber bewältigbare Herausforderungen» auf die Schweiz zukommen, wenn bei Annahme der Initiative bis Ende 2017 die drei AKW Beznau 1 + 2 sowie Mühleberg vom Netz gehen müssten und somit rund 15 Prozent der Stromproduktion im Land fehlen würden. Doch es gäbe keine Stromlücke, geschweige denn ein Blackout. Das europäische Stromnetz könne grundsätzlich genügend Strom liefern. Sogar CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt, Leuthards Mitstreiter und Parteikollege, pflichtet dieser Einschätzung bei.

«Wenn wir 2017 drei AKW abschalten, fehlt die Versorgung für 1,6 Millionen Haushalte»

Doris Leuthard, Bundesrätin



Falsch  Richtig

Eher richtig: Regula Rytz spricht ein wichtiges Argument der Atomausstiegsbefürworter an: Das brachliegende Potenzial der Schweizer Sonnenenergie. Tatsächlich sind Zehntausende Fotovoltaikanlagen geplant, aber noch nicht realisiert, weil der Topf der Fördergelder zu wenig Geld zur Verfügung stellt. Die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) ist zuständig für die Förderung solcher Anlagen. In einer Übersicht vom Juli 2016 zeigte die KEV, dass es 11 371 Fotovoltaikanlagen in der Schweiz gibt, die gefördert wurden. 35 900 Fotovoltaikanlagen stehen derzeit noch auf der Warteliste, 1806 sind positiv bewertet, aber noch nicht umgesetzt.

«Für die anderen AKW sind 50 000 Projekte auf einer Warteliste, die umgesetzt werden sollen»

Regula Rytz, Präsidentin Grüne



Falsch  Richtig